

„Brüssel – Notwendiger Bestandteil der Unternehmensstrategie?“

**Industrie-Club Hannover
27. Februar 2014, 18.00 Uhr
VGH Versicherungen, Haus D, Warmbüchenkamp, 30159 Hannover**

**Grußwort von Frau Birgit Honé
Staatssekretärin für Europa und regionale Landesentwicklung
Niedersächsische Staatskanzlei**

Sehr geehrter Herr Dr. Rettig,
sehr geehrter Herr Kasten,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Gäste des Industrie-Clubs,
meine Damen und Herren!

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Rettig, dass wir heute gemeinsam mit Ihnen, dem Europäischen Informations-Zentrum Niedersachsen sowie der NBank und dem Europe Enterprise Netzwerk diese Veranstaltung durchführen können.

Die niedersächsische Wirtschaft ist wettbewerbsfähig. Die Landesregierung weiß, dass wir in erster Linie der soliden industriellen Basis, die wir in Niedersachsen vorfinden, den Wohlstand verdanken, der sich in vielen Statistiken widerspiegelt, der Arbeitsplätze schafft und sichert. Angesichts der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, im südlichen Europa wissen wir, dass dies nicht selbstverständlich ist.

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich – als die zuständige Staatssekretärin meine, dass „in Brüssel“ viele Chancen liegen, die wir nutzen sollten. Ein Verständnis von Europa und der EU, das die Gestaltung der Zukunft, die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen und die Chancen in den Vordergrund der Diskussion um den Mehrwert der EU stellt, führt zu einer besseren Akzeptanz der EU bei uns allen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel zeigen.

In Brüssel werden langfristige Themen adressiert, die auch für Unternehmen relevant sind. Ich denke hier zum Beispiel an Themen wie Klimaschutz und Energie. Diese werden zwar auch in Deutschland diskutiert. Aber in Brüssel werden sie vergleichsweise unabhängig von parteipolitischen Interessen diskutiert, denn die Europäische Kommission ist unabhängiger als es nationale oder regionale Regierungen sind. Die Kommission besitzt nach wie vor das Monopol für

Gesetzgebungsinitiativen und nimmt sich die Freiheit, sich langfristig mit relevanten Themen ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen zu beschäftigen.

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission ist transparent und frühzeitig verfügbar, so dass man die jeweils eigene Betroffenheit schon sehr früh erkennen kann. Nicht zuletzt sind mit dem Vertrag von Lissabon die Kompetenzen der EU, zum Beispiel im Bereich „Energie“ erheblich erweitert worden. Und dies wird sich zwangsläufig auf nationale Regulierungen auswirken, wie in vielen anderen Bereichen auch.

Es scheint zwar übertrieben zu sein, wenn hier und da davon gesprochen wird, dass 80 Prozent der nationalen Regelungen ihren Ursprung im europäischen Recht haben. Aber dass die europäische Regulierung sich immer mehr auf die nationale, regionale und lokale Gesetzgebung auswirkt, dürfte unbestritten sein. Allein schon aus diesem Grund dürfte es leichtfertig sein, die europäischen Aktivitäten nicht in den Blick zu nehmen.

Wer also für sein Unternehmen wissen möchte, welche Themen langfristig relevant werden, welche Themen Potenzial für unternehmerische Tätigkeit bieten oder auf welchen Themen die Europäische Kommission Forschungsaktivitäten entfaltet, der wird in Brüssel fündig.

Unabhängig von der eigentlichen Gesetzgebungstätigkeit hat sich Brüssel nach und nach aber auch zu eine Art Messeplatz entwickelt, auf dem Länder, Regionen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen ihre Ideen, innovativen Produkte und Dienstleistungen präsentieren. Jeder Repräsentant eines Unternehmens, eines Ministeriums, einer Region, eines Verbandes verfügt über eine Organisation, die ihn idealerweise bei seiner Arbeit in Brüssel unterstützt und über ein ausgedehntes Netzwerk, das es ihm erlaubt Informationen schnell und zielgerichtet zu platzieren. Brüssel ist deshalb der ideale Ort, Informationen über Innovationen zu erlangen und für sich selbst, seine Produkte und Dienstleistungen zu werben.

Wie können niedersächsische Unternehmen nun an den Aktivitäten in Brüssel teilhaben? Wie erhalten unsere Unternehmen die für sie relevanten Informationen? Wie können niedersächsische Unternehmen ihre Interessen vertreten?

Ich gebe zu: Die Quellen für unternehmensrelevante Informationen aus Brüssel sind kaum noch zu überblicken. Wer sich informieren will, findet ein reichhaltiges Angebot. Einen guten Überblick aus meiner Sicht bieten seitens der Bundesregierung der Mittelstandsmonitor für EU-Vorhaben und der DIHK-Bericht aus Brüssel.

Nicht zuletzt bietet die Landesregierung mit ihrem Wochenbericht aus der Landesvertretung in Brüssel stets schnelle und aktuelle Informationen aus erster Hand mit Verlinkung zu Originaldokumenten. Sie können den Wochenbericht auf der Website der Landesvertretung einfach herunterladen.

Ist man ausreichend informiert und hat sich ein Lagebild verschafft, geht es um die Frage, ob und – gegebenenfalls – welche Maßnahmen man ergreifen möchte, um auf bestimmte Prozesse Einfluss zu nehmen. Dabei kann es zum Beispiel darum gehen, beabsichtigte EU-Gesetzgebungsakte zu verhindern, sie abzuschwächen oder auch zu initiieren. Ferner kann es darum gehen, europäische Fördermittel – etwa im Rahmen des Forschungsprogramms „Horizon 2020“ – zu erlangen oder sich an Kooperationen zu beteiligen. Schließlich kann es auch einfach nur darum gehen, den europäischen Akteuren, die eigenen Produkte und Dienstleistungen als die unternehmerische Antwort auf europäische Herausforderungen zu präsentieren.

Adressaten der gerade beschriebenen Maßnahmen können beispielsweise Angehörige der Europäischen Kommission, Abgeordnete des Europäischen Parlamentes und Interessenvertreter anderer Organisationen sein.

Nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages hat gerade das Europäische Parlament einen beachtlichen Machtzuwachs erfahren. Das Mitentscheidungsverfahren, bei dem Parlament und Ministerrat gemeinsam als Gesetzgeber fungieren, ist nunmehr das Regelverfahren mit der Folge, dass – salopp gesagt – ohne das Parlament „kaum noch etwas geht“. Insoweit hat die Macht der Europaabgeordneten, besonders die der Berichterstatter zu den jeweiligen Gesetzesinitiativen, erheblich zugenommen.

Welcher Instrumente man sich bedient und welche Netzwerke man nutzt, um die jeweiligen Adressaten zu erreichen, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit im Einzelfall. Unzählige Verbände, Organisationen, Regionalbüros und Lobbyfirmen kommen in Betracht. Herr Reichelt und Herr Klitz werden uns gleich sicherlich einen kleinen

Einblick in ihren „Instrumentenkoffer“ gewähren.

Auch die Landesvertretung Niedersachsens nimmt in Brüssel die Interessen des Landes Niedersachsen wahr. Die vor Ort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sind von der Landesregierung entsandt, Experten in ihren jeweiligen Fachgebieten und verfügen über exzellente Netzwerke. In unregelmäßigen Abständen berichten die Kolleginnen und Kollegen in Brüssel auch zu aktuellen Themen in Hannover, wie zum Beispiel zum gerade von der Europäischen Kommission vorgestellten „Klima- und Energiepaket bis 2030“. Dies findet im Rahmen der Europa-Lounge des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) Niedersachsen statt. Sprechen Sie einfach dessen Leiter, Herrn Dr. Klopp, an; er nimmt Sie dann auf den Einladungsverteiler.

In Brüssel sind Mitglieder der Landesregierung regelmäßig zu Gesprächen mit der Europäischen Kommission und den Europaabgeordneten, um niedersächsischen Interessen Gehör zu verschaffen. So haben erst kürzlich Ministerpräsident Weil und Umweltminister Wenzel in Gesprächen mit Energiekommissar Oettinger und Kommissionspräsident Barroso ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass wichtige Teile der deutschen Industrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen drohen, wenn die Befreiung von der EEG-Umlage übermäßig eingeschränkt würde.

Ebenso haben wir am 11. Februar dieses Jahres gemeinsam mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen (UVN) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), Vertretern der Europäischen Kommission und Abgeordneten des Europäischen Parlamentes eine größere Veranstaltung zu den Chancen und Risiken des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA durchgeführt.

Sie sehen also, dass wir vor Ort in Brüssel aktiv unsere Interessen wahrnehmen, artikulieren und dafür auch Gehör finden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Wir alle hier im Saal, die wir die Zukunft unserer Unternehmen und die Zukunft unserer Gesellschaft gestalten wollen, sind aufgerufen, sich aktiv in die Diskussion um Europa einzubringen und sie nicht den europaskeptischen Populisten und Nationalisten zu überlassen.

Von dem griechischen Philosophen Platon ist folgender Satz überliefert: „Diejenigen, die zu klug sind, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie.“¹

Meine Damen und Herren, das sollte uns allen Ansporn genug sein, für eine hohe Wahlbeteiligung zur Europawahl 2014 am 25. Mai zu werben.

Ich danke Ihnen, für Ihre Aufmerksamkeit!

¹ S. Anlage 7.